



Medieninformation

Nr. 06/2024 vom 26. April 2024

Änderung der Finanzbeziehungen zwischen Land und Kommunen

Verfassungsreform gibt Kommunen mehr Finanzierungssicherheit

Der Präsident des Gemeinde- und Städtebunds Thüringen, Bürgermeister Michael Brychcy, erklärt zur heute im Thüringer Landtag beschlossenen Änderung der Verfassung: „Die Neuregelungen der Finanzbeziehungen zwischen Land und Kommunen sind ein Fortschritt. Sie orientieren sich künftig am Prinzip „Wer bestellt, bezahlt“ auch bei den eigenen Aufgaben der Kommunen. Das ist der Kernbereich der kommunalen Selbstverwaltung. Damit kommt das Land einer langjährigen Forderung der Gemeinden und Städten nach.“

Der Gemeinde- und Städtebund Thüringen betont, dass der Gesetzgeber und die Landesregierung durch die Reform bei der Schaffung neuer Aufgaben oder bei der Standarderhöhung bestehender Aufgaben im Bereich der klassischen Selbstverwaltungsaufgaben (eigener Wirkungskreis) verfassungsrechtlich dazu verpflichtet sind, die daraus resultierende Mehrbelastung den Gemeinden und Städten entsprechend zu erstatten. Gemeinsam mit der neuen Erstattungsregelung erwarten die Kommunen damit eine frühzeitigere und umfassendere Finanzierungssicherheit für ihre vielfgestaltigen Tätigkeiten.

Die kommunalen Spitzenverbände haben bereits vor drei Jahren dem Verfassungsausschuss rechtssichere Regelungsvorschläge zur Einführung der sogenannten „Konnexität“ im eigenen Wirkungskreis der Kommunen übergeben. Der heute beschlossene Verfassungstext wurde von den Fraktionen eingebracht und bietet demgegenüber neuen Auslegungsbedarf. „Auch wenn nicht alle unsere Anregungen aufgegriffen wurden, begrüßen wir ausdrücklich, dass im Verfassungstext selbst keine Verpflichtung zum Erlass eines zusätzlichen Konnexitätsausführungsgesetzes enthalten ist und nach der Begründung zum Verfassungstext die Konnexität nicht ausgeschlossen ist, wenn Europa oder der Bund neue Aufgaben oder Standards auf den Weg bringen. Beides hatten der Gemeinde- und Städtebund Thüringen und der Thüringische Landkreistag in ihrer gemeinsamen Stellungnahme gefordert.“, sagt der Geschäftsführer Dr. Carsten Rieder.